DIE LINKE.

Ausgabe III / 2010

Quo Vadis – Altstadt?

Ab einem gewissen Alter hat jeder sie bereits besucht, schon mal von ihr gehört, über sie geredet oder auch schon mal über sie geflucht; die Altstadt im Herzen von Mönchengladbach. War sie in den 1970er Jahren noch ein

unwiderstehlicher Besuchermagnet für Gäste aus dem ganzen Umfeld rund um Mönchengladbach, so hat sie sich in den darauf folgenden Jahren leider immer mehr zum Problemkind entwickelt. Baufällige Häuser, immer öfter wechselnde Gastronomie-Betreiber, stark verschmutzte Straßenabschnitte und Häusereingänge, sowie eine steigende Zahl von Gewaltdelikten haben dem Ruf der Waldhausener Straße arg zugesetzt. Bereits seit mehreren

Ab Seite 5 DIE LINKE. im Rat der Stadt

Jahren gibt es Bestrebungen von Anwohnern und Bürgerinitiativen, diesem Zustand ein Ende zu setzen und Verbesserungen herbeizuführen.

Zum ersten Mal nach Jahren besteht nun eine realistische Chance, dass Bewegung in die Revitalisierung der Altstadt kommen könnte. So wurde nun von der Stadtverwaltung Mönchengladbach in Zusammenarbeit mit der Bezirksvertretung Mönchengladbach-Nord ein runder Tisch gegründet, der die Bemühungen zur Verbesserung der Situation auf der Waldhausener Straße nachhaltig voran bringen könnte. Das 1. Werkstattgespräch dieses runden Tisches fand bereits im September im Rathaus Abtei statt. Damit die Revitalisierung der Altstadt nicht einer von den Anwohnern befürchteten Gentrifizierung unterliegt, hat sich DIE LINKE. Mönchengladbach in den Gesprächen für eine Erhaltung des alternativen Charakters der Waldhausener Straße ausgesprochen und erteilt damit den Plänen einiger weniger (hier die FDP), eine Systemgastronomie (Mc Donalds, Burger King, KFC etc.) zu installieren oder einen „Impulspunkt Santander Bank“ als Grundausgangslage für die bevorstehende Erneuerung zum Ausgangspunkt zu machen, eine klare Absage.

Nach einem weiteren Gespräch mit der Altstadtinitiative hat DIE LINKE. Mönchengladbach noch mal dargelegt, dass der kleinste gemeinsame Nenner für ein erfolgreiches Planen in der Altstadtfrage folgende drei Punkte umfassen sollte.

1. Keine Vertreibung der jetzigen Anwohner und Pächter der Waldhausener Straße durch Schaffung von neuen, nicht mehr bezahlbaren Wohn- und Lokalräumen (Gentrifizierung).

2. Beibehaltung des alternativen und kulturellen Charakters der Straße.

3. Beibehaltung der Fassade des Hauses „Caspers“ als unteres Entree in die Altstadt und keine Systemgastronomie sowie die strikte Ablehnung der von den neoliberalen Parteien (CDU & FDP) angedachten Aufhebung des Fußgängerbereiches bis zur Ludwigstraße.

Die Altstadt muss auch nach einer Revitalisierung eine Altstadt sein. Eine Umwandlung in eine weitere Einkaufstraße mit Automobilverkehr oder in eine reine Anwohnerstraße würde das Ende der Altstadt im Herzen von Mönchengladbach bedeuten. Einem solchen Plan würde DIE LINKE. Mönchengladbach weder zustimmen noch ihn unterstützen. Das für die weitere Planung der Straße beauftragte Architekturbüro „Stadtraum“ aus Düsseldorf wird bei den 2. Werkstattgesprächen voraussichtlich Anfang Dezember einen Zwischenentwurf vorstellen. DIE LINKE. Mönchengladbach wird darüber weiter berichten.

DIE LINKE.
Kreisverband Mönchengladbach

+++ Der Castor rollt nicht durch Mönchengladbach +++

Durch die ganze Republik rollen die Castoren mit ihrem hoch aktiven Müll. Allein der Castor-Transport nach Gorleben im November dieses Jahres barg so viel Radioaktivität in sich wie ein ganzes Tschernobyl.

„TscherNOmobil“ schrieben deswegen einige besorgte Umweltschützer auf Transparente.

Auch in NRW sind Castor-Transporte geplant, u. a. von Jülich nach Ahaus. Überall haben die Menschen Befürchtungen, gehen besorgte Bürger auf die Straße.

Nur eine Stadt fürchtet sich nicht vor dem Castor, und das ist Mönchengladbach.

Bereits 2009 hatte Sabine Cremer, Mitglied der LINKEN im Umweltausschuss des Mönchengladbacher Stadtrates, vor den Gefahren der Castor-Transporte gewarnt. Schon ein einfacher Blick auf die Karte, so Cremer damals, genüge, um zu erkennen, dass Transporte von Jülich nach Ahaus, wenn sie mit LKWs durchgeführt werden, hart an den Stadtgrenzen von Mönchengladbach vorbeigingen. Und so wandte sich Frau Cremer mit einem Schreiben an die Stadt, wollte wissen, ob ihre Sorgen vor Atommülltransporten im Raum Mönchengladbach berechtigt seien. Glücklicherweise konnte der „Fachbereich Umweltschutz und Entsorgung“ der Stadt Mönchengladbach die Befürchtungen der besorgten sachkundigen Bürgerin entkräften. Die Stadtverwaltung habe keine Kenntnis von solchen Transporten, hieß es am 2. Februar 2010 in Beantwortung eines Schreibens vom 8. Dezember 2009.

Auch vor möglichen Unfällen von Atommülltransporten müsse man sich nicht fürchten. Einsatzleiter und Einsatzkräfte der Feuerwehr seien ja im Zuge ihrer Ausbildung für die ABC-Gefahrenabwehr geschult. Zu diesem Bereich gehören auch die Einsätze mit „atomaren“ Gefahren, so das Schreiben der Stadtverwaltung an Frau Cremer weiter.

Selbst wenn etwas passiere: „Es ist (daher) davon auszugehen, dass bei einem Unfall mit radioaktivem Material der Schutz der Bevölkerung gewährleistet ist“ heißt es weiter in dem Schreiben.

Bei so viel Sicherheit stellt sich die Frage, warum es immer noch Mönchengladbacher Bürger gibt, die wegen der Castor-Transporte auf die Straße gehen.

Fürchtet Euch nicht!

Nein, hier in Mönchengladbach sind wir doppelt vor den atomaren Gefahren von Castor-Transporten abgesichert: Sollte es zu einem Unfall mit Atomtransporten kommen, ist ja der

„Schutz der Bevölkerung gewährleistet“.

Und da die Stadtverwaltung keine Kenntnisse von derartigen Atomtransporten hat, fahren auch keine Atomtransporte und Castoren durch Mönchengladbacher Stadtgebiet – nur irgendwo außerhalb der Stadtgrenzen. Und das betrifft uns ja schon nicht mehr.

Der Castor rollt nicht durch Mönchengladbach. Und wenn er doch rollt, wird schon nichts passieren. Und wenn doch etwas passiert, ist „der Schutz der Bevölkerung gewährleistet“.

Wo ist also das Problem?

Verändert die Bedingungen für die Arbeitslosen, nicht die für die Statistik!

Eine Situation, in der ein Mensch arbeiten will aber keine menschenwürdige Arbeit findet, ist unerträglich. Arbeitslosigkeit ist die Ursache für viele psychische und psychosomatische Erkrankungen in unserer Gesellschaft. Deshalb ist es für jeden Menschen gut, wenn er in der heutigen Zeit einen Arbeitsplatz findet.
Und eigentlich sollten wir begeistert sein, wenn die Zahl der Arbeitslosen bundesweit unter drei Millionen sinkt und in Mönchengladbach innerhalb eines Jahres nicht mehr knapp 15.000 Menschen sondern nur noch 14.100 Menschen arbeitslos sind.

Nur stimmt es, dass es immer weniger Menschen ohne Arbeit gibt?
Zwei Zahlenvergleiche geben die Antwort. In Mönchengladbach haben 2.097 Arbeitssuchende einen neuen Arbeitsvertrag unterschrieben; 2.299 aber haben ihren Arbeitsplatz verloren. Trotzdem sinkt die Arbeitslosenzahl in Mönchengladbach. Bundesweit suchen 8,6 Millionen Menschen eine Arbeit. Die Statistik weist allerdings nur 2,95 Millionen Arbeitslose aus.
Daran wird deutlich, dass die Statistik lügt. Und das ist politisch gewollt. In den letzten Jahren wurden folgende Bereiche aus der Arbeitslosenstatistik gestrichen. Wer mindestens 15 Stunden pro Woche arbeitet, gilt nicht mehr als arbeitslos. Arbeitslosengeldbezieher über 58 Jahre fallen aus der Statistik. Wer einen Ein-Euro-Job hat oder in einer Weiterbildungs- und Eingliederungsmaßnahme steckt, gilt nicht mehr als arbeitslos. Deshalb sinken die Zahlen in der Statistik. Die Realität sieht anders aus.

Die Situation auf dem Arbeitsmarkt ist also nicht so rosig, wie sie dargestellt wird. Das gleiche gilt für die Arbeitsbedingungen. 4,2 Millionen Menschen, die alle laut Statistik einen Arbeitsplatz haben und nicht mehr arbeitslos sind, haben eine Arbeit, die nicht zum Leben reicht. 50 Milliarden EUR – Steuergelder – mussten die ARGEN seit 2005 für ergänzende Leistungen für Menschen aufwenden, die einen Arbeitsplatz haben. Ein Teil dieser Gelder, die Kosten der Unterkunft, müssen zum Beispiel auch aus unserem schon überschuldeten Haushalt bezahlt werden.

Geldmangel nun auch für die Sicherheit unserer Kinder? – bis 50 geht noch...

Mit Entsetzen musste DIE LINKE. Mönchengladbach davon Kenntnis nehmen, dass der Geldmangel der Stadt nun offensichtlich auch zu Lasten der Sicherheit unserer Kinder geht, und in diesem Zusammenhang Geschwindigkeitsüberschreitungen in einer verkehrsberuhigten Zone (Schule) keine besondere Auffälligkeit sind, sofern nicht schneller als 50 km/h gefahren wird.

In einer Anfrage an die Stadt durch den Bezirksvertreter West, Martin Selt, dafür Sorge zu tragen, dass der Schulweg der 1.- und 2.-Klässler auf der Rheindahlener Str./ Orffstraße in Wickrath im Bereich der verkehrsberuhigten Zone und dem Fußgängerüberweg auf Grund der zunehmenden Geschwindigkeitsüberschreitungen durch Radar-Kontrollen überwacht wird, bekam dieser zur Antwort:

„Bei einer Vielzahl von Messungen konnten keine besonderen Auffälligkeiten festgestellt werden, d. h. das Gros der Geschwindigkeiten bewegte sich in einem Bereich bis 50 km/h“

weiter hieß es:

„Wegen technischer Vorgaben kann der städtische Radarwagen seit einiger Zeit nicht mehr eingesetzt werden. Eine Neuanschaffung ist in die Wege geleitet. Das KFZ wird voraussichtlich Ende November geliefert und die Radaranlage ca. Mitte De-

zember entsprechend nach Eichung in Betrieb genommen.“

Auf eine weitere Eilanfrage des Bezirksvertreters Martin Selt vom 05.10.2010 in der Sitzung der Bezirksvertretung West, was zur Sicherung der Bushaltestelle der Linie 16 Konrad-Bäumer-Str. auf der K20 Beckrather Straße in Wickrath geschehen soll, wurde seitens der Stadtverwaltung am 09.11.10 zwar nicht gerade zeitnah, aber immerhin konstruktiv geantwortet. Eine bauliche Lösung zur Beseitigung der Gefahrensituation und zur behindertengerechten Ausgestaltung der Haltestelle wird nun erarbeitet. Damit einhergehen sollen mindestens eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h und eine Optimierung der Beleuchtungssituation in diesem Bereich.

Martin Selt

Bezirksvertretung West

Gelderner Str. 73a
41189 M´gladbach
02166 / 85 53 98

martin.selt@die-linke-mg.de

„Die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger muss an erster Stelle stehen, insbesondere die Sicherheit der Schwächsten und zwar die der Kinder.“

Jedoch wurde in der Antwort auch darauf hingewiesen, dass die Finanzierung dieser Maßnahmen noch zu klären sei.

DIE LINKE. Mönchengladbach sieht darin einen Teilerfolg, der ihre Arbeit bestätigt. Dennoch müssen sich im Gesamtzusammenhang folgende Fragen gestellt werden. Welche Gedanken werden sich grundsätzlich um die Sicherheit unserer Kinder seitens der Stadt gemacht? Wenn Gefahr im Verzug ist, sollte es keines wochenlangen Schriftverkehrs bedürfen, damit mit entsprechenden Maßnahmen reagiert wird. Und zu dem auch hier wieder ergangenen Hinweis auf die Finanzierung der beschriebenen Sicherheitsmaßnahme, kann man nur folgendes anmerken:

Wer möchte denn im Zweifelsfall für ein verunglücktes Kind die Verantwortung übernehmen - vielleicht der Pleitegeier?

Nicht mit RWE!

Ziel der Linken ist eine NVV, die die Daseinsvorsorge sicher stellt, zu günstigen Preisen Energie an die BürgerInnen liefert und eine konsequente Ausrichtung auf erneuerbare Energien und Energieeffizienz als Geschäftspolitik zur Grundlage hat, die eine Struktur aufweist, in der die Verluste in den Geschäftsbereichen Verkehr und Bäder mit den Gewinnen aus dem Energiebereich ausgeglichen werden können.

Eine solche Geschäftspolitik ist aus Sicht der Partei DIE LINKE. Mönchengladbach jedoch mit einer Beteiligung von RWE nicht möglich.

RWE und den anderen marktbeherrschenden Stromkonzernen geht es nicht um eine an den Interessen von Mensch und Natur ausgerichtete Energiepolitik. Es geht um Profite zu Lasten der Menschen und der Umwelt.

In einer Zeit, in der die Großhan-

Bernhard Clasen

Ratsherr

„RWE ist einer der größten Umweltzerstörer Deutschlands. Mit einem solchen Partner ist eine Ausrichtung auf regenerative Energie und günstige Energiepreise für die Bevölkerung nicht zu machen.“

delspreise an der Leipziger Strombörse seit 2008 um bis zu 40% gesunken sind, kündigt RWE Strompreiserhöhungen an. In Berlin lässt RWE sich in einem Geheimvertrag kontinuierlich steigende Gewinne in der Wasserwirtschaft sichern. Die Firma Urenco, Tochter von RWE und EON, lieferte 27.000 Tonnen hoch giftiger Uranabfälle nach Sibirien, wo sie die Gesundheit der Menschen vor Ort bedrohen.

RWE ist seit 2008 in Rumänien aktiv, wo es in das rumänische Atomkraftwerk Cernavoda investieren will. Dieses befindet sich in einem Erdbebengebiet, in dem, so die taz vom 20.4.2010, seit 1940 mehrere tausend Menschen bei Erdbeben ums Leben gekommen sind. Zusammen mit den anderen Energiekonzernen setzt RWE den Ausstieg aus dem Ausstieg aus der Atomenergie durch. Zum Nachteil von kommunalen Stadtwerken und Erzeugern von erneuerbarer Energie. Eine Million EUR pro Tag und pro Atommeiler bringt das an zusätzlichen Gewinnen. Auf erneuerbare Energien setzt RWE nur dann, wenn ein entsprechender Profit zu machen ist.

Zu den Plänen der NVV über einer gemeinsamen Holding mit Viersen sagt DIE LINKE „Nein“. Mit unserem „Nein“ machen wir deutlich, dass wir eine weitere Regionalisierung und Verstärkung der Vormachtstellung von RWE in der Region ablehnen. Die Möglichkeiten sich von RWE zu trennen, werden dadurch weiter erschwert.

Mit ihrem „Nein“ befindet sich DIE LINKE in guter Gesellschaft: Auch die Viersener Grünen haben aus Protest gegen RWE mit Nein gestimmt.

Retro statt Conversio!

So heißt die Forderung der Partei DIE LINKE. Mönchengladbach zum Thema Konversion des JHQ in Rheindahlen, im lateinischen Sprachgebrauch.

Die allgemeine Devise lautet hier Umwandlung, doch wir sind der Meinung, dass die Stadt Mönchengladbach, die sich seinerzeit in einer Nacht- und Nebelaktion eine Enteig-

nung von großen Teilen ihres Grundbesitzes gefallen lassen musste, das Areal in seiner ursprünglichen Form zurück fordern muss. Wer sich nicht mehr erinnert, es handelte sich hier um ein wunderschönes Waldgebiet mit gesundem Baumbestand und einer hervorragend funktionierenden Flora und Fauna.

Es kann nicht sein, dass die Stadt Mönchengladbach ihre Ressourcen bündeln muss, um sich Gedanken zu machen, wie man ein gestohlenes Stück Heimat umwandelt. Die klare Forderung muss lauten: Wir wollen das zurück, was uns einmal genommen wurde und zwar ohne wenn und aber und vor allem, ohne unseren Stadtsäckel zu belasten.

original sozial
www.die-linke-mg.de

Sozialberatung und mehr:

Jeden Donnerstag und Freitag bietet DIE LINKE von 10:00 bis 12:00 und von 16:00 bis 18:00 Uhr eine Sozialberatung an. Und jeden letzten Donnerstag im Monat gibt es zum Reden und Austauschen über die eigenen Erfahrungen ein Erwerbslosen Frühstück. Einfach mal Vorbeikommen!

Impressum / V.i.S.d.P.:

DIE LINKE. MG / Torben Schultz
Hauptstraße 2
41236 Mönchengladbach

Telefon: 0 21 66 / 9 79 22 43
Fax: 0 21 66 / 9 79 22 42
E-Mail: buero@die-linke-mg.de
Web: www.die-linke-mg.de

BürgerInnensprechstunde:

Jeden Montag von 18:00 – 19:00 Uhr führt die Fraktion der Partei DIE LINKE. im Rat der Stadt Mönchengladbach in ihrem Büro Hauptstraße 2 (Fußgängerzone Rheydt) eine BürgerInnensprechstunde durch.
Durchgeführt wird die Sprechstunde jeweils von einem Mitglied im Rat der Stadt oder der Bezirksvertretungen. Es besteht auch die Möglichkeit, sich telefonisch mit seinen Fragen oder seinem Thema anzumelden. Telefon: 02166-9792249.